

MACHT SCHLESWIG-HOLSTEIN SCHLUSS MIT CETA?

Damit das Handelsabkommen der EU mit Kanada endgültig in Kraft tritt, braucht es die Zustimmung der EU-Mitgliedsstaaten. In Deutschland entscheiden Bundestag und Bundesrat darüber. Wie stehen die Chancen, dass der Bundesrat CETA stoppt?

TEXT **NEELKE WAGNER**

Aktive der Volksinitiative „SH stoppt CETA“ übergeben die gesammelten Unterschriften.
Foto: Pay Numrich



Mehr Demokratie hat gleich mehrere Initiativen gestartet, um sicherzustellen, dass CETA spätestens im Bundesrat scheitert. Die bislang erfolgreichste davon kommt aus dem nördlichsten Bundesland: Am 16. Mai hat die Volksinitiative gegen CETA in Schleswig-Holstein 25.612 Unterschriften an den Landtag in Kiel übergeben. Die Vizepräsidentin des Landtags, Marlies Fritzen, nahm die Unterschriften entgegen. 20.000 gültige Unterschriften sind nötig, damit der Landtag sich mit der Initiative befasst. Lehnt er sie ab, kann ein Volksbegehren starten.

Wie sieht es in den anderen Bundesländern aus?

Seit dem letzten **md**magazin, in dem wir noch zwölf Enthaltungen im Bundesrat prognostizieren konnten, haben die Wahlen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein das Bild stark verändert. Zu den bisher 16 Stimmen, auf die CETA aufgrund großer Koalitionen sicher zählen kann, könnten nun noch sechs Stimmen einer nordrhein-westfälischen CDU-FDP-Regierung kommen.

Vor diesem Hintergrund hat sich das von Mehr Demokratie mitgetragene Bündnis *NRW gegen CETA und TTIP* entschieden, die gleichnamige Volksinitiative nicht weiter zu führen. „Angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Landtag ist das Ergebnis der Landtagsdebatte leider geradezu vorprogrammiert“, begründet Mitorganisator Alexander Trennheuser die Entscheidung. Anders als in Schleswig-Holstein kann eine nordrhein-westfälische Volksinitiative nur eine Landtagsabstimmung erreichen, aber kein Volksbegehren anstoßen. Das Bündnis sieht deshalb den noch zu leistenden Aufwand und den politischen Ertrag der Volksinitiative in keinem sinnvollen Verhältnis mehr.

Damit wird es knapp für die Ablehnung des Handelsvertrages im Bundesrat. Falls Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg und Hamburg umkippen, heißt es auch aus diesen Ländern „Ja“ zu CETA. Damit hätte der demokratiegefährdende Handelsvertrag insgesamt 31 von den erforderlichen 35 Stimmen in der Länderkammer.

Dann käme es ganz auf die Stimmen aus dem Norden an. Dort war zu Redaktionsschluss noch offen, was für eine Koalition sich zusammenfinden wird und ob sie die Volksinitiative dann übernimmt oder ablehnt. In jedem Fall geht das Bündnis *Schleswig-Holstein stoppt CETA* davon aus, mit einem Volksbegehren weiter zu machen. Schleswig-Holstein gehört zu den wenigen Bundesländern, in denen auch Volksbegehren zu allgemeinen Themen der politischen Willensbildung möglich sind. Wenn die Bürger/innen in der Abstimmung Nein zu CETA sagen, wäre die Landesregierung politisch, nicht rechtlich, daran gebun-

den, im Bundesrat gegen CETA zu stimmen. Daran könnte der ganze CETA-Vertrag scheitern. Innerhalb eines halben Jahres müssen 80.000 Bürger/innen unterschreiben, damit es zum Volksentscheid kommt. /

„Diese Volksinitiative steht auf den Schultern von hunderten mutigen Menschen. Mit unermüdlichem Einsatz haben viele Unterstützer/innen Unterschriften gesammelt, Plakate aufgehängt und Protestaktionen organisiert. Gemeinsam haben wir hunderttausende Menschen in ganz Schleswig-Holstein wachgerüttelt. Wir sind nun sehr gespannt auf die Reaktion des Landtags.“

KATHARINA NOCUN
KOORDINATORIN VON „SH STOPPT CETA“



Neelke Wagner
Politikwissenschaftlerin, Leiterin
Publikationen bei Mehr Demokratie.